

TISCHVORLAGE

Delegiertenversammlung

SP Schweiz

29. März 2014

Malleray/Bévilard



DEFINITIVE TRAKTANDENLISTE DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM SAMSTAG, 29. MÄRZ 2014 IN MALLERAY/BÉVILARD

Dauer: 10.15 Uhr–ca. 15.45 Uhr

- 10.15 1. Eröffnungsgeschäfte**
*Grussworte von Philippe Perrenoud, Regierungsrat Kanton Bern
und Roberto Bernasconi, Gemeindepräsident Malleray*
- 10.30 2. Mitteilungen**
- 10.35 3. Infos zu Sommeruni 2014**
- 10.40 4. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz,
Ständerat FR**
- 11.00 5. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga**
- 11.20 6. Schwerpunkt: Leben und Arbeiten in der Schweiz**
- A. ➤ R-1 Resolution der GL SP Schweiz:
Gemeinsam für eine soziale und offene Schweiz in einem sozialen
und prosperierenden Europa (NEU)
 - A-1 Antrag der SP GR und SP SG
Strategie zur Durchsetzung einer neuen SP Europapolitik (NEU)
 - B. ➤ Parolenfassung zur Volksinitiative «Für den Schutz fairer
Löhne (Mindestlohn-Initiative)»
 - Präsentation Daniel Lampart, Chefökonom SGB
- 13.00 7. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 18. Mai 2014**
- Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (direk-
ter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)
 - Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten
dürfen»
 - Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflug-
zeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz)

13.30 8. SP – Initiativprojekte

- A-2: Antrag zum Initiativprojekt „Familien fair entlasten – für mehr Verteilgerechtigkeit“ (Geschäftsleitung SP Schweiz)
- A-3: Antrag zur Formulierung einer eidgenössischen Initiative zur Einführung einer obligatorischen Dienstpflicht (SP Horgen)
- A-4: Antrag für Initiativprojekt „ Schluss mit Steuertricks und Steuerbschiss auf Kosten der ehrlichen und fairen Steuerzahlenden“ (SP Kanton Bern) (NEU)
- A-5: Antrag für Verzicht zur Lancierung eines Initiativprojektes (SP GR und SP SG) (NEU)

15.00 9. Budget 2014 und Finanzplan**15.10 10. Resolutionen, Anträge und Wahlgeschäfte**

- R-2: Resolution für eine zukunftsweisende Landwirtschaft, die die natürlichen Ressourcen schont (Beat Jans, NR BS) (NEU)
- A-6: Antrag zur Unterstützung der Tierversuchsverbot-Initiative (Renato Werndli, SP SG) (NEU)
- R-3: Resolution gegen Menschenhandel und Prostitutionsverbot – für einen aufgeklärten Umgang mit Sexarbeit (Juso) (NEU)

15.45 11. Varia und Abschluss

TRAKTANDUM 6: SCHWERPUNKT: LEBEN UND ARBEITEN IN DER SCHWEIZ

Resolution der Geschäftsleitung SP Schweiz

R-1 Gemeinsam für eine soziale und offene Schweiz in einem sozialen und prosperierenden Europa – jetzt erst recht!

Die Schweiz ist keine Insel: unser Erfolg und unsere Lebensqualität sind sowohl vom Austausch mit den Ländern der EU als auch von den vielen Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land abhängig. Wir sind in der Schweiz lebende Europäerinnen und Europäer. Wer dies abstreitet oder ausblendet, spielt mit den moralischen Grundlagen und dem Wohlstand in unserem Land und streut den Menschen Sand in die Augen. Die SP sieht die Zukunft unseres Landes selbstverständlich im Kreise seiner europäischen Nachbarn.

A. Keine Abschottung

1. Die SP akzeptiert nach dem **9. Februar 2014** keine Schweiz der Ausgrenzung und der Abschottung! Die SP steht ein für eine solidarische und offene Gesellschaft – ohne Wenn und Aber. Dennoch ist die knappe Annahme der Masseneinwanderungsinitiative eine politische Zäsur. Die Folgen der Initiative gehen weit über die Zuwanderungsfrage hinaus und dürfen weder schön gefärbt noch können sie bereits in ihrer Ganzheit abgeschätzt werden.
2. Die mit der Personenfreizügigkeit und mit Schengen garantierte **europaweite freie Arbeitsplatzwahl und Reisefreiheit** bilden grundlegende individuelle Freiheitsrechte, zu denen es im globalisierten 21. Jahrhundert in einer offenen und dynamischen Gesellschaft keine Alternative gibt. Die SP hält an den Grundsätzen fest, die sie in ihrem Migrationspapier von 2012 in Lugano festgelegt hat: Diese Freiheitsrechte müssen erhalten, sozial abgesichert und über Europa hinaus schrittweise ausgebaut werden. Denn Europa ist ein Einwanderungskontinent, der dringend legale Formen der Einwanderung braucht.

B. Gemeinsam in Europa

3. Die Geschichte der **Europäischen Union** ist die Lehre aus zwei blutigen Weltkriegen zwischen den Völkern Europas im letzten Jahrhundert. Die Nationen arbeiten freiwillig enger zusammen, weil sie sich gemeinsam Frieden und Wohlstand erhoffen. Darum gestalten die Nationen Europas gemeinsam nicht einfach nur einen europäischen Binnenmarkt, sondern sie schmieden zusammen ihre politische Zukunft auf ihrem Kontinent. Sie tun das nicht mehr auf nationaler Ebene, weil in einer immer vernetzteren Welt die politischen Regeln gemeinsam in den europäischen Institutionen zum Wohle aller definiert und weiterentwickelt werden müssen. Die europäische Politik muss den globalen, entfesselten Marktkräften wieder die Stirn bieten.

4. Die SP Schweiz versteht sich als ein **Teil der europäischen Sozialdemokratie**. Für die europäische Sozialdemokratie ist klar: Die europäische und die internationale Zusammenarbeit müssen weiter vertieft werden und unsere, die sozialdemokratischen, Ziele müssen politisch noch mehr zum Tragen kommen. Die politische Integration in Europa ist für die SP die proaktive Antwort auf die beschleunigte wirtschaftliche Globalisierung: Nur über eine Öffnung kann das Primat der Politik zurückgewonnen werden! Nur so ist eine sozialere und gerechtere Zukunft möglich.
5. Die SP steht gemeinsam mit den europäischen GenossInnen für eine **Abkehr von der gescheiterten neoliberalen Heilslehre**, die in Form von Austeritätsprogrammen insbesondere dem Süden Europas aufgezwungen worden ist. Um eine sozialdemokratische Wende in Europa zu unterstützen, engagiert sich die SP als einzige Schweizer Partei im Mai 2014 im Wahlkampf fürs Europaparlament. Mit unseren europäischen Schwesterparteien setzen wir uns ein für ein Europa, das eine soziale und politische Union ist und nicht allein eine wirtschaftliche.

C. Reformen für eine sozialere Schweiz

6. Die SP verlangt in der Innenpolitik **progressive und ökologische Reformschritte** in den Bereichen Wohnen, Steuern, Bildung und Arbeit, weil nur so die Früchte der Öffnung und des Wachstums allen zugute kommen. Seit langem fordert die SP diese Reformen, die in den letzten Jahrzehnten aufgrund einer neoliberalen Grundhaltung und bürgerlicher Spardiktate versäumt worden sind. Nur mit diesen Reformen können wir den teils berechtigten, teils diffusen Globalisierungsängsten der BürgerInnen begegnen und diese überwinden.
7. Die SP sieht sich in der Verantwortung, als entscheidende **soziale und progressive Kraft** in der Schweiz dafür zu kämpfen, dass auch in Zukunft in der Schweiz nicht plötzlich die Diskriminierung von einzelnen europäischen Zuwanderungsgruppen salonfähig wird. Eine Diskriminierung nach Herkunftsland, nach Alter, nach Geschlecht, nach Beruf, nach Lohnniveau, nach Zivilstand oder ähnlichem ist für die SP inakzeptabel.
8. Die SP verlangt, dass nicht **die Jugend und die Wissenschaft** für die fehlende Weitsicht einer knappen Mehrheit bezahlen: Bund und Kantone müssen die nötigen Mittel bereitstellen, damit ohne Unterbruch und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit auch ausserhalb Erasmus+ der Austausch von Studierenden und Lernenden möglich bleibt.

D. Mitbestimmen – auch in Europa

9. Die SP will eine Zukunft als **mitverantwortliches und solidarisches Land** in Europa. Die SP unterstützt darum, dass eine absehbare Volksabstimmung über den verlässlichen Fortbestand der bilateralen Verträge mit einer vertieften Weiterentwicklung der Beziehung mit der EU verbunden wird. Die SP teilt die vom Bundesrat bereits vor dieser Abstimmung geäusserten Zweifel, ob das bisherige bilaterale Vertragsgefüge ohne grundlegende Reformen eine Zukunft hat.

10. Eine Lösung der institutionellen Fragen ist daher jetzt noch wichtiger, damit die Schweiz wieder von Rechtssicherheit und einer einheitlichen Rechtsauslegung profitieren kann. Damit dies gelingt, müssen ergebnisoffen **alle europapolitischen Optionen geprüft werden**, auch die Option EU-Beitritt, welche unserem Land das grösstmögliche Mass an Mitbestimmung und Souveränität in der europäischen Entwicklung geben würde. Es ist Zeit, die europäische Idee auch in der Schweiz wieder offen zu reflektieren und darüber zu entscheiden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Antrag der SP Graubünden und SP St.Gallen

A-1: Strategie zur Durchsetzung einer neuen SP Europapolitik

Die SP Graubünden, die SP St. Gallen und die aufgeführten UnterzeichnerInnen aus anderen Kantonalparteien unterbreiten der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 29. März 2014 folgenden Antrag:

Antrag

a) Die SP Schweiz erarbeitet eine Strategie zur Durchsetzung einer neuen SP Europapolitik.

Die Geschäftsleitung legt einen Strategieentwurf allen Parteigliederungen und Mitgliedern vor. In einem partizipativen Prozess wird dieser in der SP konsolidiert und an einer Delegiertenversammlung oder einem Parteitag verabschiedet. Mittelfristig bis langfristig kann daraus ein entsprechendes Initiativprojekt erwachsen.

Begründung

Seit dem 9. Februar 2014 hat sich die politische Ausgangslage in der Schweiz grundlegend geändert. Wir ernteten einerseits die Früchte jahrzehntelanger Politarbeit der SVP und andererseits holten uns auch eigene Versäumnisse ein. Nüchtern müssen wir zum Schluss kommen, dass auch unsere Europapolitik der vergangenen Jahre gescheitert ist. Auch wir versäumten es, eine positive Deutung der Personenfreizügigkeit und des europäischen Integrationsprojekts zu artikulieren, geschweige denn selbstbewusst zu vertreten. Damit unser Land den Weg aus der Isolation herausfindet, braucht es darum einen Neustart der SP-Europapolitik. Damit der Neustart gelingt, muss er als partizipativer Prozess ausgestaltet sein, der alle Parteigliederungen und Mitglieder miteinbezieht.

Antragsstellende Kantonalparteien:

SP Graubünden, SP St. Gallen

Weitere UnterzeichnerInnen:

Andrea Arezina (SP Baden), Linda Bär (SP Zürich 11), Lorenz Keller (SP Zürich), Marco Kistler (SP Glarus Nord), Severin Toberer (SP Baden)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung:

Die Basis der Partei konnte in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Zeitpunkten die Position der Partei in der Europapolitik in einem partizipativen Prozess bestimmen. So ist denn auch die Forderung nach einem EU-Beitritt begleitet von einem Bündel innenpolitischer Reformen wie sie im Parteiprogramm 2010 ausgeführt wird, von einer klaren Mehrheit festgelegt worden:

(Auszug aus dem Parteiprogramm verabschiedet 2010 in Lausanne, S. 41f.)

Dafür steht die SP ein:

- 1. Die SP steht für die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit der EU ein. Dabei soll der vorhandene Spielraum für die soziale Ausgestaltung des Beitritts aktiv genutzt werden.*
- 2. Der Beitritt der Schweiz zur EU muss mit innenpolitischen Reformen flankiert werden, damit die sozialen und ökologischen Vorteile des EU-Beitritts rasch und für alle spürbar die Lebensqualität erhöhen und mögliche Nachteile gar nicht erst eintreten, sondern durch wirksame flankierende Massnahmen neue Vorteile entstehen.*
- 3. Das politische System mit seiner direkten Demokratie und seinem Föderalismus soll in der Substanz bewahrt und gleichzeitig so reformiert werden, dass es der Schweiz möglich wird, die EU mitzuregieren.*
- 4. Die Schweiz muss sich dafür einsetzen, dass der Integrationsprozess in Europa weiter voranschreitet, die EU zu einer umfassenden Sozial- und Wirtschaftsunion ausgebaut und weiter demokratisiert wird, und dass die EU den Service public nach den Bedürfnissen der Menschen erhält und vertieft. Auch dies setzt den Beitritt zur EU voraus.*

Diese Position wurde zwei Jahre später deutlich bestätigt:

(Auszug aus dem Migrationspapier verabschiedet 2012 am Parteitag in Lugano, S. 20f.)

Dafür steht die SP ein:

- 1. Das Steuerungsmodell «Personenfreizügigkeit kombiniert mit flankierenden Massnahmen plus» bringt auf ideale Weise zentrale sozialdemokratische Grundwerte – die individuellen und kollektiven Freiheitsrechte, die soziale Gerechtigkeit und die Solidarität – in Einklang. Die SP lehnt deshalb alternative Modelle ab, namentlich eine neoliberale Einwanderungspolitik des Laisser-faire im Rahmen eines bedingungslosen kollektiven Bleiberechts oder den gescheiterten bürokratisch-repressiven fremdenpolizeilichen Ansatz der früheren Kontingentierungspolitik.*
- 2. Die Gestaltung und Steuerung der Migration nach den Grundsätzen des Modells «Personenfreizügigkeit mit flankierenden Massnahmen plus» vereinigt die Vorteile hoher Wirtschaftsfreundlichkeit und Wahrung individueller Freiheitsrechte mit den Anforderungen an die soziale Gerechtigkeit und die Grenzen des Wachstums. Die Freiheit der Arbeitsplatzwahl bleibt gewahrt. Nur wer eine Arbeitsstelle nachweist, kann ein Aufenthaltsrecht erwerben. Umfassende und regional sowie branchenspezifisch gezielte flankierende Massnahmen dämmen die Risiken ein: Am Arbeitsmarkt, am Wohnungsmarkt, in der Bildung und zur Beseitigung von Fehlanreizen, damit eine übermässige Einwanderung verhindert*

wird. 3. In diesem Sinne setzt sich die SP dafür ein, die Chancen der Migration zu nutzen, was nur geht, wenn auch deren Risiken erkannt, anerkannt und wirksam eingedämmt werden. Wie jede Öffnungspolitik birgt grenzüberschreitende Migration ein grosses Potenzial von positiven und negativen Möglichkeiten. Wie bei jedem anderen Öffnungsschritt kann dieses Potenzial nur im Verbund mit wirksamen inneren Reformen gewinnbringend genutzt werden. Damit Migration zum Gewinn und nicht zum Verlust wird, müssen wichtige Voraussetzungen und Bedingungen erfüllt sein. Eine aktive politische Gestaltung und Steuerung der Migration auf allen Ebenen – international, national, regional und lokal – ist deshalb unverzichtbar.

Die Geschäftsleitung erachtet diese Position als richtig und gefestigt, mehr denn je auch nach dem 9. Februar. Es darf nicht sein, dass die SP als Antwort auf die menschenverachtende, abschottende und EU-feindliche Politik der SVP eine neue SP-Europapolitik formuliert. Vielmehr muss diese Politik nicht nur innerhalb der Institutionen einfließen, sondern auch in unserer Bewegung zusammen mit befreundeten Organisationen Gewicht erhalten. Aus diesem Grund steht die SP gemeinsam mit den europäischen GenossInnen zusammen und unterstützt eine sozialdemokratische Wende in Europa. Als einzige Schweizer Partei engagiert sich die SP für die europäischen Wahlen im Mai 2014. Mit unseren europäischen Schwesterparteien setzen wir uns ein für ein Europa, das eine soziale und politische Union ist und nicht allein eine wirtschaftliche.

Wie die Antragstellenden konstatieren, darf man den 9. Februar jedoch durchaus als Zäsur in der politischen und gesellschaftlichen Beziehung mit der EU sehen. Demnach ergeben sich daraus auch wichtige Fragestellungen, wie die Partnerschaft mit der EU gerettet und ausgebaut werden kann. Aus diesem Grund hat die SP vom Bundesrat gefordert, alle Optionen der künftigen Beziehung zu Europa - und damit insbesondere den Beitritt - zu prüfen und mit all ihren Konsequenzen darzulegen. Es ist durchaus denkbar, dass aufgrund dieser Analyse und mit einer klareren Ausgangslage betreffend Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative mittelfristig die Notwendigkeit einer Initiative entsteht. Die Geschäftsleitung ist selbstverständlich bereit, diese Diskussion zum gegebenen Zeitpunkt an die Basis zu tragen und diskutieren zu lassen.

TRAKTANDUM 8: SP - INITIATIVPROJEKTE

Antrag der SP Kanton Bern

A-4 Schluss mit Steuertrick und Steuerbschiss auf Kosten der ehrlichen und fairen Steuerzahlenden

Die SP Kanton Bern beantragt, dass die vorliegenden SP-Initiativprojekte ergänzt werden mit einem Initiativprojekt zur Bekämpfung von Steueroptimierungstricks und Steuerbetrug. Schweizer Steuerbehörden sollen wirksame Instrumente zur Verfügung haben, wie das auch ausländischen Steuerbehörden zugestanden wird (Beispiel Fatca-Vertrag mit den USA). Die SP Schweiz wird beauftragt, einen entsprechenden Initiativtext auszuarbeiten.

Die Delegierten des Parteitags der SP Kanton Bern haben am 26. Februar eine Resolution verabschiedet, in der die SP Schweiz aufgefordert wird, ein Initiativprojekt zur Bekämpfung von Steuertricks und Steuerbetrug auszuarbeiten. Die SP Kanton Bern ist überzeugt, dass bei diesem Thema eine klare Verbindung zu unserem Schwerpunkt soziale Gerechtigkeit erkennbar ist und eine hohe Mobilisierung erreicht wird. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Toleranz gegenüber Steuersündern gesunken ist und Steuertricks nicht akzeptiert werden. Weil viele Grossunternehmen und Superreiche ihre Steuern nicht korrekt bezahlen, verlieren Gemeinden, Kantone und der Bund Milliarden auf Kosten der ehrlichen Steuerzahlenden. Die aktuelle Steuerpraxis in der Schweiz missachtet Art. 127 der Bundesverfassung, welcher eine Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit fordert.

Als Inhalt der Volksinitiative sind insbesondere folgende Punkte zu prüfen und unter dem Gesichtspunkt der Einheitlichkeit der Materie in den Initiativtext aufzunehmen:

- Die Schweiz beteiligt sich am internationalen Standard zum Informationsaustausch. Im Rahmen der Rechtsgleichheit gilt dieser auch für inländische Steuerbehörden.
- Die Schweiz schliesst Besteuerungslücken und verbietet die Nutzung von Briefkastenfirmlen im In- und Ausland zur Steuerumgehung (Offshore, Fall Schneider-Amman).
- Das System mit den Steuerabzügen wird so angepasst, dass die Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit wieder sichergestellt ist.
- Die Unternehmensbesteuerung darf nicht zum Glücksspiel werden. Steuergeschenke dürfen nur unter transparenten, national einheitlichen Bedingungen gewährt werden.

Selbstverständlich können während der weiteren Vorbereitung des Initiativprojektes Punkte dazu kommen oder wegfallen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Die Geschäftsleitung unterstützt das Anliegen der SP Kanton Bern vollumfänglich. Unklar ist indes, ob eine Volksinitiative derzeit das ideale Mittel für unser Engagement für mehr Steuergerechtigkeit darstellt. Diese Frage drängt sich darum auf, weil derzeit erstens sehr viele Baustellen (automatischer Informationsaustausch, Unternehmenssteuerreform III etc.) bestehen und zweitens die internationale Entwicklung in unserem Sinn atemberaubend ist. Die GL sieht darum für den Parteitag vom 28. Juni in Winterthur einen Schwerpunkt zu diesen steuerpolitischen Baustellen vor. Dabei sollen in einem Diskussionspapier unsere zentralen Forderungen nochmals bestätigt und aktualisiert werden. Die GL schlägt deshalb vor, diese Frage anlässlich des Parteitages ernsthaft zu prüfen.

Antrag der SP Graubünden und SP St.Gallen

A 5 Antrag für Verzicht zur Lancierung eines Initiativprojektes

Die SP Graubünden, die SP St. Gallen und die aufgeführten UnterzeichnerInnen aus anderen Kantonalparteien unterbreiten der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 29. März 2014 folgenden Antrag:

Antrag

- a) Die SP Schweiz lanciert im Hinblick auf die Wahlen 2015 keines der vorgeschlagenen Initiativprojekte.
- b) Die dadurch freiwerdenden Ressourcen werden in den Aufbau einer modernen Kampagne für die Wahlen 2015 investiert.

Begründung

Unsere Kritik am Selektionsprozess der Initiativprojekte wurde in der Vergangenheit vorgebracht. Unabhängig von dieser Kritik sind wir zur Überzeugung gelangt, dass alle Projekte – auch jenes der GL zum Thema Familien & Verteilungsgerechtigkeit – trotz ihrer inhaltlichen Richtigkeit nicht als Initiativprojekte geeignet sind.

Wir müssen davon abkommen, Initiativen als einzig mögliches Mittel zur Themensetzung im Wahlkampf zu begreifen. Es gibt andere und bessere Wege einen modernen Wahlkampf zu betreiben. Das vorliegende Projekt der GL entspringt denn auch dieser strategischen Fehleinschätzung. Initiativprojekte sollten unsere Mitglieder begeistern und ein Thema oder Problem inklusive Lösungsvorschlag klar und deutlich benennen.

Das vorliegende Projekt tut das nicht. Es ist eine unglückliche Vermischung zweier Politikbereiche und kommt sehr technisch daher. Eine solche Initiative auf der Strasse verständlich zu machen, ist schwierig. Zudem brennt das Thema nicht unter den Nägeln.

Das ist aus Kampagnensicht keine attraktive Perspektive. Im Abstimmungskampf würde die Sache wohl in einer Diskussion um Grenzsteuersätze und „Steuererhöhungen für den Mittelstand“ münden, was sich kaum positiv auf ein Ja auswirken würde.

Durch den Verzicht auf eine Initiative werden Kapazitäten frei, die in einen modernen Wahlkampf für die Wahlen 2015 investiert werden können. Wir denken hier zum Beispiel an den Aufbau professioneller Datenbanken, an Tools für Hausbesuche und Telefonaktionen oder an effektives und pragmatisches Online-Campaigning.

Antragsstellende Kantonalparteien:

SP Graubünden, SP St. Gallen

Weitere UnterzeichnerInnen:

Andrea Arezina (SP Baden), Linda Bär (SP Zürich 11), Lorenz Keller (SP Zürich), Marco Kistler (SP Glarus Nord), Severin Toberer (SP Baden)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung**Begründung:**

Die Lancierung einer Volksinitiative ist ein wichtiges Mittel, parlamentarisch blockierte Themen oder Reformen, auf die politische Agenda zu bringen und eine breite gesellschaftliche Diskussion auszulösen. Die Geschäftsleitung erachtet es als wichtig und richtig, dieses Mittel einzusetzen um auch in der kommenden Legislatur Themenschwerpunkte aus eigener Kraft setzen zu können und notwendige Reformen auszulösen.

Zudem ist die Initiative auch ein Weg, eigene Werte und Reformvorschläge direkt an die Bevölkerung zu bringen und auf der Strasse präsent zu sein. Dieser mobilisierende Effekt kann für die Wahlkampagne unterstützend wirken, ist jedoch nicht die Motivation für die Lancierung. Die Ressourcenplanung sowohl für die Wahlen 2015 als auch unabhängig davon für ein Initiativprojekt wurde sehr früh und sorgfältig an die Hand genommen. Diese beiden Projekte konkurrenzieren sich nicht und die Lancierung einer Initiative behindert den Aufbau einer modernen Kampagne nicht. Natürlich ist auch der Zeitpunkt der Lancierung einer Initiative zentral und die Geschäftsleitung hat diesen Punkt bewusst offen gehalten, weil tatsächlich auch im Hinblick auf die Wahlen 2015 verschiedene Aspekte berücksichtigt werden müssen.

9. BUDGET 2014

Budget 2014 - Kostenstellen

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	
Partei	1'102'074	1'103'033	1'315'193	¹⁷⁾
A100 Beiträge	1'928'468	1'943'100	1'887'800	
A101 Spenden	424'440	400'000	405'000	
A102 Sachaufwand Partei	-44'063	-38'000	-40'000	
A103 Personal- u. Anteil GK	-786'940	-857'931	-703'370	
A104 Parteitag	-99'273	-	-36'000	
A105 DV	-70'605	-81'500	-54'000	
A106 Politische Einzelaktionen	-19'560	-13'000	-10'000	
A108 Parteiprogramm	-13'821	-	-	
A110 Spesen GL/Präsidium	-7'571	-9'000	-6'960	
A111 Spesen Kommissionen	-6'046	-5'700	-4'300	
A112 Entschädigung Präsidium inkl. Spesen	-71'539	-71'520	-71'527	
A113 Spesen Vizepräsidium	-20'160	-20'160	-25'200	
A114 Migrationspapier	-80'044	-	-	
A115 125 Jahre SP Schweiz - Jubiläum	-903	-113'130	-	
A116 Internationales	-30'308	-30'125	-26'250	
Bildung	-83'137	-116'126	-138'129	¹⁸⁾
B100 Personal- u. Anteil GK	-33'620	-70'376	-72'629	
B101 KoKo + Seki-Treffen	-21'758	-6'750	-15'000	
B103 Interne Bildung (KST ehem. Bildungsanl.)	-16'643	-24'000	-40'500	
B104 Projekt Nr. 1 - Junge Perspektiven	-11'115	-15'000	-	
B106 Projekt Nr. 3 - Sommer-Uni	-	-	-10'000	
SP60+	-10'433	-85'071	-86'175	¹⁹⁾
G100 Personal- u. Anteil GK	-	-34'071	-35'175	
G101 Sachaufwand Generationen	-10'433	-7'000	-6'000	
G102 Spesen Präsidium	-	-5'000	-6'000	
G103 Vorstand/Konferenzen	-	-24'000	-23'600	
G104 Themenanlässe/Kampagnen	-	-15'000	-15'400	

		Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014
MigrantInnen		-	-30'000	-30'090
H100	Personal- u. Anteil GK	-	-	-15'090
H101	Sachaufwand MigrantInnen	-	-30'000	-15'000
Juso		-178'529	-168'448	-150'023
J100	Personal- u. Anteil GK	-178'529	-168'448	-150'023
SP Frauen		-143'122	-120'776	-120'975
M100	Personal- u. Anteil GK	-97'353	-91'292	-82'292
M101	Mailing SP Frauen	2'880	-1'500	2'500
M102	Sachaufwand SP Frauen	-7'549	-6'100	-5'500
M103	Spesen Frauen Präsidium	-16'149	-15'383	-15'383
M104	Mitgliederversammlung	-9'073	-	-
M105	Frauenkonferenz (alt -koordination)	-11'900	-5'500	-14'300
M106	Kampagnen	-3'738	-	-6'000
M107	Delegationen/wiss. Arbeiten	-240	-1'000	-
Publikationen		-309'711	-379'892	-387'793
P100	links	-156'898	-235'828	-237'137
P101	socialistes.ch	-124'185	-115'064	-120'656
P107	PS Svizzera	-28'627	-29'000	-30'000
Kampagnen und Kommunikation		-1'102'669	-866'861	-1'169'914
K100	Personal- u. Anteil GK	-542'387	-419'861	-456'843
K102	Kampagnen allgemein	-329'346	-155'500	-207'500
K103	Abstimmungszeitungen	-	-93'000	-90'000
K150ff	Referenden	-	-39'000	-75'000
K160ff	Initiativen	-94'980	-159'500	-340'571
K110	Ergebnis Wahlen 2011/2015	-135'955	-	-
Fundraising		729'828	665'219	769'327
F100	Personal- u. Anteil GK	-207'064	-328'281	-327'073
F101	Nettoauflösung/-bildung Rückstellungen	-	-	88'200
F102	Ertrag aus Sammelaktionen	1'026'457	1'087'500	1'058'000
F103	Neue Fundraisingprojekte	-89'564	-94'000	-49'800
Ergebnis Shop		40	-	-
Ergebnis		4'343	1'079	1'422

10. RESOLUTIONEN, ANTRÄGE UND WAHLGESCHÄFTE

Resolution von Beat Jans (Nationalrat BS), eingereicht in Namen der Fachkommission Landwirtschaft

R-2: Für eine zukunftsweisende Landwirtschaft, die die natürlichen Ressourcen schont

Die SP steht ein für eine nachhaltige Landwirtschaft, die dem Tierwohl, der Umwelt sowie den Interessen der KonsumentInnen und der ProduzentInnen inklusive Mitarbeitenden gleichermaßen Rechnung trägt und einer Qualitätsstrategie verpflichtet ist.

Die SP steht ein für eine Versorgung der gesamten Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, wobei diese wenn möglich und sinnvoll in der Region bzw. im Inland produziert oder zu fairen Konditionen importiert werden sollen.

Die SP steht hinter dem bestehenden Landwirtschaftsartikel, der vor bald 20 Jahren mit überwältigendem Mehr in die Verfassung aufgenommen wurde. Die dort formulierten Ziele haben nichts an Aktualität verloren. Statt den Verfassungsartikel zu ändern, gilt es ihn konsequent zu vollziehen.

Genau das will die beschlossene Agrarpolitik 2014/17, die von der SP unterstützt wurde und nun umgesetzt werden muss. Auch wenn sich die SP in einzelnen Punkten noch mehr Konsequenz gewünscht hätte, wird sie sich einem Rückschritt hinter dieses letzte Reformpaket klar widersetzen. Es darf keine Rückkehr zu einer auf hohen Tierbeständen, hohen Futtermittelimporten und hohen Umweltemissionen basierenden Landwirtschaft geben! Eindeutig in agrarpolitische Mottenkisten gehören Mengen- und Preisregulierungen, die zwangsläufig auch wieder zu Überproduktion führen werden.

Die Umsetzung der Agrarpolitik 2014/17 wird Zeit brauchen. Darum besteht aus Sicht der SP derzeit keine Notwendigkeit für neue agrarpolitische Volksinitiativen, welche mit den Begriffen Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität falsche Erwartungen wecken. Ebenso wenig darf die Ökologisierung der Landwirtschaft rückgängig gemacht werden, wie es der Schweizerische Bauernverband will. Die ProduzentInnen und Mitarbeitenden haben das Recht auf Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

Die agrarpolitische Position der SP basiert auf folgenden Eckwerten:

- Die SP unterstützt die gerechte Abgeltung nachhaltig produzierter Lebensmittel über den Preis sowie ergänzend eine Entschädigung für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen mittels gezielter Direktzahlungen, insbesondere für Bio-, Klein- und Bergbetriebe.
- Der Rückgang der Artenvielfalt, die massiven Emissionen von Ammoniak in die Luft, die Grenzwertüberschreitungen im Grundwasser und die Pestizidrückstände in den Gewässern sind leider immer noch eine Tatsache. Das widerspricht dem geltenden Verfassungsauftrag. Darum soll die Landwirtschaft durch gezielte Anreize und Vor-

schriften konsequenter zum Schutz der Biodiversität, der natürlichen Ressourcen und der Landschaft beitragen.

- Die SP setzt sich konsequent für den Erhalt von Kulturland ein. Sie hat sich deshalb für die Reform des Raumplanungsgesetzes und für die Zweitwohnungsinitiative eingesetzt und verlangt eine konsequente Umsetzung dieser Volksentscheide.
- Die SP steht für eine artgerechte und an die Futtergrundlage angepasste Tierhaltung ohne Tierfabriken.
- Die SP fordert einen transparenten Markt und unterstützt Initiativen zur Förderung lokaler und regionaler Produkte. Die Kontakte zwischen BäuerInnen und KonsumentInnen soll beispielsweise mit Konsum- und Verkaufsgenossenschaften, Landdienst und wo sinnvoll auch mit Direktverkauf ab Hof verstärkt werden.
- Eine konsumentenfreundliche Deklaration mit Rückverfolgbarkeit und eindeutiger Herkunft ist durchzusetzen.
- Mit dem Direktzahlungssystem soll eine auf Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Qualitätsstrategie der Schweizer Ernährungswirtschaft verfolgt werden. Dazu gehört die graslandbasierte Viehwirtschaft und die Weiterführung des Moratorium für die kommerzielle Freisetzung von genveränderten Organismen (GVO)
- Die SP fordert ferner einen Gesamtarbeitsvertrag für die Angestellten in der Landwirtschaft, der einen Mindestlohn und gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit garantiert.
- Der Strukturwandel soll für Bauernfamilien sozialverträglich gestaltet werden.
- Die SP Schweiz setzt sich international für soziale und ökologische Produktionsstandards, für einen fairen Handel und für die Selbstbestimmung von bäuerlichen Familienbetrieben ein.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Antrag Renato Werndli, SP SG

A-6 Antrag zur Unterstützung einer Volksinitiative zum Verbot von Tierversuchen

Die SP unterstützt eine von einer Gruppe namens IG Tierversuchsvebot in St. Gallen geplante eidgenössische Tierversuchsverbotsinitiative, die noch in der Phase der richtigen Formulierung und des Aufbaus eines Netzwerks von Unterschriftensammelnden steht. Diese Gruppe beantragt, die Infrastruktur und das Know how der SPS bei der Lancierung von Volksinitiativen nutzen zu dürfen. Allenfalls wird die IG später beantragen, ob die SP auch bei der Unterschriftensammlung hilft, diese Bitte ist jetzt aber ausdrücklich nicht im Antrag enthalten"

Entwurf Initiativtext:

Bundesverfassung aktuell

Art. 80 Tierschutz

¹ Der Bund erlässt Vorschriften über den Schutz der Tiere.

² Er regelt insbesondere:

- a. die Tierhaltung und die Tierpflege;
- b. die Tierversuche und die Eingriffe am lebenden Tier;
- c. die Verwendung von Tieren;
- d. die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen;
- e. den Tierhandel und die Tiertransporte;
- f. das Töten von Tieren.

³ Für den Vollzug der Vorschriften sind die Kantone zuständig, soweit das Gesetz ihn nicht dem Bund vorbehält.

Initiativ Entwurf – Stand Februar 2014:

Art. 80 Tierschutz

2b allenfalls steichen

3 (NEU) Tierversuche sind verboten.

4 (NEU) Handel, Import und Export von Produkten aller Branchen und Arten, für die nach Annahme der Tierversuchsverbotsinitiative Tierversuche oder tierquälerische Handlungen direkt oder indirekt vorgenommen wurden, sind verboten.

5 Für den Vollzug der Vorschriften sind die Kantone zuständig, soweit das Gesetz ihn nicht dem Bund vorbehält.

UBERGANGSBESTIMMUNGEN zum Art. 80 Abs. 2b, Abs. 3 und Abs. 4

Bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen erlässt der Bundesrat innerhalb eines Jahres nach Annahme von Artikel 80 Abs. 2b, Abs. 3 und Abs. 4 durch Volk und Stände die erforderlichen Ausführungsbestimmungen."

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme.

Begründung: Tiere sind empfindungs- und leidensfähige Lebewesen. Die Würde und das Wohlergehen des Tieres müssen respektiert und geschützt werden. Die SP Schweiz teilt die Haltung der IG, dass diesbezüglich weitere Anstrengungen notwendig sind. Die Bundesverfassung gesteht Tieren zwar eine kreatürliche Würde zu. Das allein aber garantiert noch keinen tiergerechten Umgang. So sind beispielsweise Qualzuchten noch immer erlaubt. Auch bei den Nutztieren und den Versuchstieren liegt aus Sicht des Tierschutzes Einiges im Argen. Die Tierschutzverordnung wiederum legt nur minimale Anforderungen an Haltung, Umgang und Nutzung von Tieren fest, definiert also lediglich die Grenze zur amtlich verfolgten und bestraften Tierquälerei und nicht eine tiergerechte Haltung. Gerade die Haltungsbedingungen bei der Labortierhaltung sind im Vergleich zur Haltung von Haustieren schlecht. Die Tiere leben oft auf sehr engem Raum, ohne Tageslicht und sozial isoliert.

Aus diesen Gründen kann sich die SP Schweiz vorstellen, die Gruppe IG Tierversuchsverbot in St. Gallen bei ihren Diskussionen zum Thema Tierschutz und Tierversuchsverbot fachlich und organisatorisch zu unterstützen. Wie die genaue Unterstützung von Seiten der SP Schweiz aussehen kann, muss in Abhängigkeit von den Ressourcen der SP Schweiz mit der IG definiert werden. Sollte die Diskussion bestätigen, dass eine Volksinitiative der beste Weg ist, um das im Antrag formulierte Anliegen umzusetzen, soll die mögliche Form der Unterstützung durch die Partei im Hinblick auf eine Lancierung nochmals diskutiert werden. Für die Unterstützung zur Lancierung von Volksinitiativen ist gemäss Parteistatuten aber letztlich die Delegiertenversammlung zuständig (Artikel 15 Absatz 4 Buchstabe c).

Resolution des Vorstandes der JUSO Schweiz

R-3: Konsequenz gegen Menschenhandel und Prostitutionsverbot – für einen aufgeklärten Umgang mit Sexarbeit!

Aufgrund der alarmierenden Zahlen des Menschenhandels in Mitteleuropa werden derzeit über Ländergrenzen hinweg viele Stimmen laut, die Prostitution verbieten wollen. Auch im schweizerischen Nationalrat wurde von EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller ein Postulat eingereicht, das den Bundesrat zur Prüfung eines Verbotes verpflichten will. Fragwürdigweise wird dieses Postulat von linken NationalrätInnen unterstützt

Das Verbot jeglicher Prostitution kann entgegen allen Schwüren der VerbotsbefürworterInnen die Frauen nur in prekäre Untergrundverhältnisse führen, wie betroffene Frauen in den letzten Wochen fast einstimmig festgehalten haben. Wir fordern die SP Schweiz dazu auf, das legale Prostitutionsgewerbe zu schützen und dahin abgrenzend Menschenhandel und damit erzwungene Prostitution konsequent zu verfolgen.

Keine moralisierenden Gesetze gegen den Berufsstand der SexarbeiterInnen

SozialwissenschaftlerInnen, KriminalistInnen und Betroffene selbst unterscheiden scharf zwischen gewerblichen Tätigkeiten (z.B. Escort-Service, Call-Boy/Girl-Gewerbe, „Heimprostitution“) und der durch ZuhälterInnen und MenschenhändlerInnen erzwungenen Prostitution. Würde das legale Sexgewerbe verboten, um den Betroffenen vermeintlich zu helfen und eine vorschreibende Sexualmoral per Verbot zu erzwingen, widerspräche das der bisherigen Unterstützung der Anerkennungsversuche der SexarbeiterInnen, deren Streit um faire Arbeitsbedingungen und dem sozialdemokratischen Kampf für mehr Gerechtigkeit.

Orientierung am Modell „Österreich“ statt „Schweden“

Die BefürworterInnen eines Prostitutionsverbots in ganz Europa berufen sich immer wieder auf das Beispiel Schweden, das 1999 den Kauf sexueller Dienstleistungen verboten hat und Freier mit Geldstrafen ahndet. Die meisten empirischen Befunde lassen jedoch keinen Zweifel daran, dass die Verhältnisse für Prostituierte mit Verboten nicht verbessert werden, sondern zusätzliche Gefahren mit sich bringen. Weiter ist es nachweislich so, dass verschleppte Frauen in westlichen Ländern kaum direkt ins legale Sexgewerbe gelangen. Für ZuhälterInnen und ihre Lakaien ist Menschenhandel nur solange rentabel wie eine illegale oder drangsalierte Prostitution Spielraum zur Ausbeutung der Frauen lässt. Um diesen Tatsachen am besten entgegenzukommen und den Übergang in legales Sexgewerbe zu ermöglichen, eignen sich Beispiele des „Modells Österreich“. Dort lässt das Gesetz Sexgewerbe zu, verpflichtet die Gewerbetreibenden aber unter strenger Aufsicht zur Einhaltung zahlreicher Pflichten (z.B. hohe Hygiene-Standards und regelmässige Untersuchungen, rundum medizinische Betreuung, Registrierungspflicht für alle Gewerbetreibenden und SexarbeiterInnen). So wird sichergestellt, dass das Sexgewerbe keinen Raum für erzwungene Prostitution lässt. Die SP Schweiz könnte dieses Modell durch den anstehenden Kampf für zahlreiche Rechte der SexarbeiterInnen (z.B. Zahlungseinklage) auf Gesetzesebene entscheidend ergänzen.

Keine gesetzlichen Hürden für verschleppte Frauen

Menschenrechtsverletzungen im Bereich der Zwangsprostitution müssen aktiv geahndet und bestraft werden. Für die Opfer von Menschenhandel braucht es ein umfassendes Opferschutzprogramm und ein bedingungsloses Aufenthaltsrecht, das nicht an die Aussagebereitschaft geknüpft ist.

Die Prozessführung gegen MenschenhändlerInnen und ZuhälterInnen könnte so um ein Vielfaches erleichtert werden. Die Entschädigung der Betroffenen durch die Täter muss gesetzlich ausreichend gewährleistet werden. In intensiver Zusammenarbeit mit Strassen- und SozialarbeiterInnen würde ein solches Schutzprogramm zu weitläufiger Kenntnis kommen und einen signifikanten Beitrag zur Bekämpfung dieser Verbrechen führen.

Forderungen

Die SP Schweiz stellt sich hinter die Bestrebungen in der ganzen Schweiz, die Rechte der SexarbeiterInnen zu schützen und auszubauen! Zusätzlich soll eine solche Anpassung auf gesetzlicher Ebene gefordert werden, die die Opfer des Menschenhandels auch als Zeuginnen schützt und den Ausstieg aus erzwungener Prostitution vereinfacht.

Die SP Schweiz nimmt entschieden Stellung gegen jegliche Pauschalverbotsideen!

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Die Geschäftsleitung teilt die Haltung, dass ein Verbot der Prostitution nicht nur nicht zielführend, sondern kontraproduktiv ist. Gleichzeitig ist aber mit der Ablehnung eines solchen Verbots noch kein Problem gelöst. Die Geschäftsleitung bezweifelt zudem, dass die Grenzen zwischen Prostitution aus freiem Willen im Sinne von Sexarbeit und entwürdigender Zwangsprostitution im Rahmen von Menschenhandel so trennscharf gezogen werden können, wie der Resolutionstext glauben macht. Ob das österreichische Modell tatsächlich eine solch klare Verbesserung zum Status quo bringen und für Zwangsprostitution keinen Raum mehr lassen würde, muss genau geprüft werden so wie auch sonst alle Anstrengungen zur Verbesserung der Position der von Zwangsprostitution und Menschenhandel betroffenen Frauen energisch unternommen werden müssen.